

Starkes Sachsen in Berlin

Damit Sachsen durch Berlin endlich Aufwind bekommt

Drei Jahre Ampel-Koalition in Berlin haben ihre Spuren in diesem Land hinterlassen – auch in Sachsen. Der deutsche Wirtschaftsmotor stottert, Firmen wandern ab, hinterfragen die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und finden hier nicht mehr die Sicherheit und Stabilität, für die wir als Investitionsstandort jahrzehntelang bekannt waren. All das verunsichert die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ökonomisch, sondern auch innerlich. Das Heizungsexperiment hat vielen Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern existenzielle Sorgen bereitet. Abenteuerliche Haushaltspläne die gerichtlich eingefangen werden müssen, Zeitenwende ohne stringente Konsequenz, Lippenbekenntnisse, die in einer vielstimmigen Koalitionskekophonie untergehen – klar ist: dieses Land braucht Aufwind und eine andere Politik!

Die Union mit ihrem Kanzlerkandidaten Friedrich Merz will diesem Land neuen Schwung geben. Weniger Belastungen für den Mittelstand, mehr Freiheit für die Wirtschaft – vom kleinen Betrieb bis zu großen Unternehmen – und eine Politik, die sich an dem Alltag der Mehrheit in diesem Land orientiert, an all denen, die hart und ehrlich arbeiten und sich und ihrer Familie ein sicheres und gutes Leben ermöglichen wollen. Mehr Freiheit ist nicht nur in Bezug auf Wirtschaft unser Antritt, sondern auch mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger. Es braucht einen Schlussstrich unter das Kapitel der Bevormundung und Zwangsmissionierung der Menschen. Wir werden dafür sorgen, dass sich Politik wieder auf das konzentriert was zählt: den Menschen einen sicheren, verlässlichen und weitestmöglichen Rahmen zu schaffen, damit sie ihr Leben frei gestalten können.

Gleichzeitig steht dieses Land auch vor der Gefahr der populistischen, wenn nicht gar extremistischen, Vereinnahmung. Kräfte, vor allem von rechts, bedrohen unsere gemeinsame Art frei und demokratisch miteinander zu leben, machen unseren Staat und seine Institutionen verächtlich und sind in

vielen Teilen des Landes als gesichert extremistische Verdachtsfälle oder erwiesene Fälle eingestuft.

Als Sächsische Union nehmen wir alle politischen Ebenen in den Blick. Die Ampel-Regierung hat nicht nur die Bundesländer, sondern auch die Kommunen im Regen stehen lassen und ihnen übermäßige Belastungen aufgebürdet – wir hingegen stehen für eine Politik des Miteinanders.

Damit wir in Sachsen in diesem neuen Aufwind nach der Bundestagswahl unsere Segel voll in den Wind stellen können, ist klar:

- Wir setzen starke Impulse für die deutsche Wirtschaft und schaffen einen von Freiheit geprägten Rahmen für Arbeitgeber und Unternehmer.
- Wir steuern im Bereich von Migration und Asyl so um, dass die Kommunen maßgeblich entlastet, Rückführungen entscheidend vereinfacht und unsere Grenzen zuverlässig geschützt werden.
- Wir bekennen uns zu einem guten Miteinander des Bundes mit Ländern und Kommunen und setzen Konnexität und Subsidiarität konsequent um.
- Wir investieren in unsere Infrastruktur, um auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig und technologisch anschlussfähig zu bleiben.
- Wir unterstützen, angetrieben von Neugier und Zukunftsoptimismus, neue Technologien und Wirtschaftskluster, auch und gerade in ländlicheren Regionen.
- Wir berücksichtigen in der Gesundheitspolitik die Vielfalt der Landschaft innerhalb der Länder und schieben eine Pflegereform an, die Menschen vor Armut schützt und ihnen ein würdevolles Altern ermöglicht.
- Wir schärfen das Schwert des Rechtsstaates, damit er noch entschlossener gegen alle Gefährder und Gefahren vorgehen kann.
- Wir stellen Bildung zukunftsfest und hochwertig auf und machen Lehre und Lernen digitaler.
- Wir packen bei der Staatsmodernisierung beherzt an, um den Mehltau der Bürokratie wegzuwischen und Bürger sowie Unternehmen zu entlasten.

- Wir treten für die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein und werden ihnen ein verlässlicher, respektvoller Partner sein.

1. Wirtschaft & Arbeit – weil kluge Wirtschafts- auch gute Sozialpolitik ist

Das Lohnabstandsgebot ist in den vergangenen Jahren durch die Schaffung des Bürgergelds zu einer Randnote im Regierungshandeln verkommen. Das Prinzip, dass Arbeit sich lohnen muss wurde von der Ampel über Bord geworfen. Klar ist, dass Menschen die unverschuldet in Arbeitslosigkeit geraten, oder die nicht arbeiten können, die Unterstützung der Gemeinschaft brauchen. Klar ist aber auch: all jene, die arbeiten können, sollen ihren Teil zum Gelingen der Gemeinschaft beitragen. Gleichzeitig brauchen wir diese Hebung aller Potenziale in unserem Land, um unsere Wirtschaft und Gesellschaft trotz der demographischen Entwicklung zukunftsfest aufzustellen. Damit wieder mehr Menschen Freude am und Anreiz zum Arbeiten finden, werden wir die Wirtschaft von Bürokratie und Papierkram entlasten, finanzielle Anreize wie steuerfreie Überstunden schaffen und mehr Flexibilität in Arbeitszeiten und Vergütungen bringen. Wir legen mit unserer Agenda 2030 den Grundstein für einen kraftvollen Impuls, der der deutschen Wirtschaft neuen Aufwind gibt. Dafür braucht es ein Ende von politischer Mikrosteuerung in der Wirtschaft, Neugier und Offenheit bei Technologie und Entwicklung und Verlässlichkeit für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Besonders im Bereich des Bürokratieabbaus werden wir u.a. mit einer Bürokratiebremse, der Wiederansiedlung des Bürokratieabbaus im Kanzleramt und Gesetzen mit Verfallsdatum, aber auch der Abschaffung des Lieferkettengesetzes, kraftvoll vorangehen. Lebensälteren Menschen werden wir attraktive Perspektiven zur freiwilligen Arbeit nach dem Renteneintritt eröffnen.

Wir müssen zu einer Politik des Forderns und Förderns zurückkommen.

Deshalb wollen wir Anreize für ein langes und unnötiges Verbleiben im Bürgergeld abbauen und die Sozialausgaben senken. Wir werden gerechte und nachvollziehbare Sanktionsinstrumente einführen, die Mitwirkung konsequent einfordern und so dafür sorgen, dass die Menschen möglichst schnell Arbeit finden.

Viele Arbeitgeber sorgen sich heute schon um die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften. Dabei wird der zukünftige Bedarf nicht mit der Hebung heimischer Potenziale zu decken sein. Deshalb setzen wir uns für eine gezielte Steuerung der Fachkräfteeinwanderung ein. Wir werden die Schaffung einer zentralen Stelle vorantreiben, die gezielt und länderscharf talentierte Arbeitskräfte für Sachsen gewinnt. Um den geostrategischen Veränderungen der Welt gerecht zu werden, bedarf es einer Reform der Entwicklungshilfe.

Die Industrie – insbesondere die energieintensive – benötigt verlässliche Rahmenbedingungen für eine sichere, preisgünstige und nachhaltige Energieversorgung. Technologieoffenheit u.a. für Bioenergie, Wasserkraft, Kraft-Wärme-Kopplung, Speicher und Power-to-X ist für eine verlässliche Energieversorgung essentiell.

Mit einer spürbaren Senkung der Stromsteuer und Netzentgelte sorgen wir dafür, dass Energiepreise ein Niveau erreichen, das deutschen Unternehmen internationale Wettbewerbsfähigkeit ermöglicht. Wir werden daher die Stromsteuer und die Netzentgelte senken.

2. Migration – weil Humanität Ordnung braucht

Die Bundesländer dürfen nicht länger mit den Belastungen durch Migration alleine gelassen werden. Es darf nicht sein, dass die Innenminister der Bundesländer Wochen und Monate gegenüber der Bundesinnenministerin gegen taube Ohren sprechen, damit sie das tun können, was sie tun sollen: unsere Grenzen durch Kontrollen wirksam gegen illegale Migration zu schützen. Das muss so lange geschehen können, bis ein wirksamer Schutz der gemeinsamen EU-Außengrenze auch tatsächlich funktioniert.

Es braucht im guten Zusammenspiel von Bund und Ländern einen Plan um illegale Migration zu unterbinden, sie zu begrenzen und in kontrollierte Bahnen zu lenken. Dazu gehört auch die Reduzierung von Anziehungsfaktoren. Die Länder sind hier den ersten Schritt mit Bezahlkarten gegangen. Wir sind fest entschlossen, die Durchführungsquote bei Abschiebungen signifikant zu steigern. Dafür muss vor allem die

Bundesregierung die Rückführung erleichtern. Dann werden wir auf Landesebene neue Wege, wie beispielsweise mit einem Abschiebezentrums bei gleichzeitiger Wohnsitzauflage für Betroffene, gehen können. Wir erwarten hier zukünftig mehr und raschere Unterstützung und keine tauben Ohren im Bundesministerium des Innern und für Heimat.

Auf europäischer Ebene werden wir einen besseren Schutz der EU-Außengrenze durch eine Stärkung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) vorantreiben.

3. Kommunen – weil jedes Haus ein solides Fundament braucht

Wenn durch Bundesgesetze Ansprüche, Anforderungen, Aufgaben und damit die Kosten für Städte, Gemeinden und Landkreise steigen, braucht es neue Instrumente, um unseren Kommunen die notwendigen finanziellen Spielräume für eigenständiges Handeln zu sichern. Wenn Bundesgesetze Kosten verursachen, muss der Bund den Ländern und Kommunen dafür einen Ausgleich schaffen. Das Konnexitätsprinzip muss stringent vom Bund umgesetzt werden, für Länder wie für Kommunen. Der Bund darf in der kommenden Legislatur nicht die Chance versäumen, die Kommunen bei der Bewältigung der Zukunftsherausforderungen zu unterstützen. Einerseits erwarten wir eine Rückkehr zur gepflegten Tradition des Miteinanders von Bund, Land und Kommunen. Wir erwarten für jede politische Initiative des Bundes einen Vorabcheck auf die damit verbundenen Auswirkungen auf die kommunale Ebene. Nur so kann sichergestellt werden, dass keine neue Bürokratie entsteht und ein fairer Ausgleich für die entstehenden Kosten eintritt. Vor allem aber erwarten wir die Ausfinanzierung von Bundesstandards. Das ist ein Gebot der Fairness und Ausdruck eines guten Miteinanders von Bund, Land und Kommunen. Zu diesem guten Miteinander gehört für uns auch die Offenheit für mögliche Rückübertragungen von Aufgaben, die durch die Digitalisierung auch durch die ursprünglich zuständige Ebene, wie den Bund, übernommen werden können. Gerade in der Verwaltungsmodernisierung sehen wir großes Potenzial für mehr Effizienz von Verwaltungshandeln und eine Kostenreduzierung.

4. Infrastruktur – damit der Aufschwung freie Fahrt hat

Zur Schiene, zu Wasser, in der Luft und auf der Straße ist die deutsche Verkehrsinfrastruktur marode geworden. Notwendige Entscheidungen und Investitionen wurden zu lange aufgeschoben. Gerade in den drei Jahren dieser Legislatur ist unser Land sehenden Auges an den Rand eines Verkehrsinfarakts gesteuert.

Dabei wissen wir als Sächsische Union wie wichtig eine gute Infrastruktur für die Entwicklung eines Landes, aber auch den Zusammenhalt und die Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinaus ist. Aber auch drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung sehen wir – teils sogar wieder wachsende – Defizite in der infrastrukturellen Entwicklung Ostdeutschlands, insbesondere mit Blick auf die Anbindung an die ost- und mitteleuropäischen Nachbarn. Jahrzehntlang wurden in Deutschland und Europa die Nord-Süd-Achsen ausgebaut, genauso wie die enge Vernetzung der westeuropäischen Länder untereinander. Hier braucht es einen Perspektivwandel. Eine Investition in Ostdeutschland ist immer auch ein Schritt zu einer besseren Vernetzung mit unseren Nachbarländern Polen und Tschechien und darüber hinaus. Für den Zusammenhalt und wirtschaftlichen Erfolg ist dies unverzichtbar.

In den beiden sächsischen Flughäfen Dresden und Leipzig sehen wir großes Potenzial. Sie sind Schlüsselinfrastruktur für die Zukunftsfestig- und -fähigkeit des Freistaates. Der Flughafen Dresden bietet für die europäische Halbleitermetropole und den Flugzeugbau einen wichtigen Anschlusspunkt an internationale Märkte und Kunden. Der Flughafen Leipzig-Halle stellt mit seinem Fracht-Logistikdreieck einen bedeutsamen Umschlagplatz in Europa und der Welt dar und hat sich gut entwickelt. Daher werden wir auch die Entwicklung des Flughafens zu einem Ort von Innovation und praxisorientierter Forschung und Entwicklung im Bereich der Dekarbonisierung, auch beim Bodenbetrieb, vorantreiben. Für den Erfolg dieser ambitionierten, für Sachsen und die deutsche Luftfahrtbranche sehr wichtigen, Entwicklungen und Pläne brauchen wir ein gutes Zusammenwirken von Bund, Land und Kommunen. Wir setzen daher auf das gemeinsame Tun mit einer zukünftig unionsgeführten Bundesregierung.

5. Transformation für die Zukunft – weil Wandel einen guten Plan braucht

Von Wasserstoff, über Halbleiter bis hin zu neuen Formen der Mobilität: Sachsen ist Zukunftsland. Dabei gilt es, im Zuge der Transformation des Mitteldeutschen und des Lausitzer Reviers viele Herausforderungen anzugehen, aber auch Chancen zu ergreifen. Wichtig ist, dass alle Beteiligten auf verlässliche Strukturen treffen. Deswegen steht für uns der vertraglich und gesetzlich fixierte und von allen beteiligten Akteuren vereinbarte Kohlekompromiss mit einem Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 fest. Gleichzeitig bieten sich diesen Regionen einzigartige Chancen. Wir haben erfolgreich Großforschungszentren, Wissenschaft und innovative Unternehmen dort ansiedeln können. Dort entstehen Technologien, Ideen und Konzepte, von denen weit über Sachsen hinaus die Menschen profitieren, so bspw. mit dem Projekt des ersten europäischen Net-Zero-Valleys bei uns in der Lausitz.

Eine Bundesregierung darf nicht länger erreichte Positionen und das Renommée des Wirtschaftsstandorts durch nachlässige Politik gefährden. Das gelingt nur durch starke Wirtschaftsregionen, die zukunftsfähig mit günstiger Energie versorgt werden. Dazu gehört Sachsens Anschluss an das Wasserstoffkernnetz, gerade auch im südwestsächsischen Bereich. Festes Ziel muss es sein, die herausgehobene Position zu behalten und Forschung und Entwicklung neuer Technologien mit Wasserstoff entschieden voranzutreiben. Gleiches gilt z.B. auch für den Bereich der Halbleiterproduktion. Hier braucht es verlässliche Unterstützung durch und gemeinsame Anstrengung mit dem Bund, damit wir Sachsen mit seinem Silicon Saxony und Deutschland als Halbleiterspitzenstandort in Europa erhalten und weiter ausbauen können. Mit dem European Chips Act und einer klugen Verzahnung mit der europäischen Regionalförderung wollen wir auch über die europäische Ebene Sachsen weiterhin ganz vorne im Bereich der Halbleiter platzieren.

Ganz besonderes Augenmerk muss in der kommenden Legislatur auf dem Bereich der Automobil- und Zuliefererindustrie liegen. Hier braucht es das konzertierte Zusammenwirken von EU, Bund und Ländern, damit in

unternehmerischer Verantwortung der Automobilstandort Deutschland auch in Zukunft erfolgreich bleibt, Tradition gepflegt und Arbeitsplätze und damit Lebensperspektiven erhalten werden können. Gleichzeitig werden wir in Transformationsregionen, wie in Südwestsachsen, freiwerdende Potenziale und kluge Ideen nutzen, um den Wandel erfolgreich in die Zukunft zu begleiten.

6. Gesundheit & Pflege – fitte Krankenhäuser und zukunftsfeste Strukturen

Die aktuelle Legislatur hat das notwendige Projekt einer Krankenhausreform für die Bundesrepublik angeschoben. Auch wir als Union sehen den Handlungsbedarf in diesem Feld. Dass aber eine Reform vom grünen Tisch aus Berlin mit gleichen Kriterien und Maßstäben für alle entworfen wird und diese Reform ohne das geübte Einvernehmen von Bund und Ländern erfolgt, war nicht abzusehen. Der derzeitige Bundesgesundheitsminister ignoriert mit dieser Reform die großen Transformationen und „Wachstumsschmerzen“ in den ostdeutschen Bundesländern seit der Friedlichen Revolution. Heut blicken wir auf eine hochwertige und moderne Krankenhausversorgung in Sachsen. Es ist falsch, dass ohne Rücksicht auf Gegebenheiten, Strukturen und bereits vollzogene Veränderungen alle Krankenhäuser vom Saarland bis Sachsen gleichbehandelt werden. Einmal mehr überzieht diese Ampelregierung mit ihren Plänen und verspielt Vertrauen bei Ländern, Bürgern und Kommunen. Eine solche Reform muss die besonderen Bedarfe im ländlichen Raum sowie die Unterschiedlichkeit der Krankenhauslandschaft in den Ländern als Grundlage nehmen. Richtschnur muss sein: Alltägliche Behandlungen sollen wohnortnah durchgeführt werden, für besondere, komplexere Behandlungen und Eingriffe brauchen wir spezialisierte und hochmoderne Krankenhauszentren. Wir schließen uns der Kritik anderer Bundesländer an, dass diese Reform nicht an den Bundesländern vorbei beschlossen werden kann, wenn sie zugleich tief in die Hoheit dieser eingreifen soll. Dies alles vor dem Hintergrund, dass nicht einmal klar ist, wie konkret die Auswirkungen dieser Reform aussehen würden, auch finanziell.

Unsere Pflegeversicherung ist eine große Errungenschaft des Sozialstaates. Gleichzeitig wurde das System zu einer Zeit erdacht, in der Familien den weit überwiegenden Teil der Pflege übernehmen konnten. Heute nehmen die älteren Alterskohorten zu, Familiennetze verkleinern sich und berufliche Verpflichtungen haben sich gewandelt, kurz: Die Rahmenbedingungen haben sich verändert. Die absolute Zahl von pflegebedürftigen Menschen in Deutschland steigt.

Die nun gescheiterte Ampelkoalition in Berlin hat ihrem Koalitionsvertrag keine Taten folgen lassen und lässt die Menschen im Stich. Die Eigenanteile zur Pflege steigen, immer mehr und mehr Menschen sind auf Sozialleistungen angewiesen, damit sie ihre Pflege bezahlen können. Es ist an der Zeit über eine Pflegevollversicherung nachzudenken, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt. Investitions-, Betriebs- und Verpflegungskosten, also nicht mit der Pflege direkt zusammenhängende Kosten, würden die Versicherten weiterhin selbst tragen.

7. Extremismus entschlossen begegnen – Recht setzen und durchsetzen

In den vergangenen Jahren ist die Zahl extremistisch motivierter Straftaten gestiegen. Besonders gestiegen sind im Bundesgebiet die Zahlen im Bereich des islamistischen und religiös motivierten Extremismus. Alleine im Bereich der Gewalttaten stieg die Zahl 2023 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 65%, die Radikalisierung findet nicht nur in der echten Welt, sondern mittlerweile vermehrt auch digital statt.

Die derzeitige Bundesinnenministerin hat in den vergangenen drei Jahren nicht nur im Bereich der Grenzsicherung und Migration, sondern auch in ihrem Kernbereich, der inneren Sicherheit, versagt. Hier können Antworten im Klein-Klein wie Verbote von Messern bestimmter Klingenlänge nicht die Antwort eines Rechtsstaates sein. Es braucht intensivere Anstrengungen, Befugnisse und die notwendigen Ressourcen, um unseren Staat und die Gesellschaft wehrhaft, friedlich, freiheitlich und demokratisch zu erhalten. Gerade in diesem Schwerpunktbereich werden wir die Anstrengungen der Extremismusbekämpfung verstärken. Es braucht hier vom Bund aus und

gemeinsam mit den Ländern einen neuen Sicherheitspakt für die Sicherheitsbehörden, der z.B. die Koordinierung und Kommunikation der Sicherheitsbehörden verstärken soll und Rechtsbefugnisse der Behörden verbessert. Auch werden wir unsere guten Erfahrungen mit den Sonderkommissionen LinX und ReX auf Bundesebene einfließen lassen und den Kampf gegen Extremismus und Verfassungsfeinde verstärken.

Wir unterstützen die Forderung nach einem neuen „Pakt für den Rechtsstaat“. Dazu gehört eine bessere personelle Ausstattung unserer Gerichte, aber auch die nötige Digitalisierung und schnellere Verfahren. Auch werden wir im Strafrecht nötige Verschärfungen, wie bspw. bei Stalking, Körperverletzungen mit Messern, oder Gruppenvergewaltigungen, vornehmen. Die Legalisierung von Cannabis werden wir zurücknehmen.

8. Bildung zukunftsfest aufstellen – weil es auf den Anfang ankommt

Deutschlands größter Schatz für die Zukunft sind die nachkommenden Generationen. Deswegen braucht es ein entschlossenes Bekenntnis des Bundes dazu, Bildung der gemeinsam mit Ländern und Kommunen zukunftssicher und verlässlich für alle Beteiligten aufzustellen. Einer der wichtigsten Schwerpunkte ist dabei die bedarfsgerechte und altersspezifische Weiterentwicklung und Finanzierung des digitalen Lehrens und Lernens. Das Auslaufen des Digitalpakts hat diesen beginnenden Wandel ausgebremst. Auch muss das erfolgreiche und deutschlandweit gut angenommene Bundesprogramm „Sprach-Kitas“, das Sachsen auf Landeskosten nach dem Ausstieg des Bundes weiterführt, wiederaufgenommen werden.

In der aktuellen Situation müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit Deutschlands Bildung ein hochwertiger Standortfaktor bleibt. Weil es dafür die gemeinsame Kraftanstrengung in der gesamten Bundesrepublik braucht, muss sich auch der Bund angemessen beteiligen. Dabei ist er gefordert, auch Herausforderungen, die in ganz Deutschland im Bereich der Bildung und Zukunftssicherung zu leisten sind, angemessen zu unterstützen. Hierbei sehen wir einerseits großen Bedarf im Bereich der

Modernisierung von Schulen und Bildungseinrichtungen im frühkindlichen Bereich, vor allem bei baulichen Investitionen und einer modernen Ausstattung, aber auch bei der Digitalisierung. Ebenso setzen wir uns für bundesweite Programme ein, die Kompetenzen, Wissen und Interesse für die KI, Digitalisierung, Klimaanpassung und MINT fördern. Gerade diese Bereiche eröffnen nicht nur für Sachsen, sondern für viele Regionen, die von Wandel und Umbruch geprägt sind, neue Perspektiven in eine wirtschaftlich erfolgreiche und wissensbasierte Zukunft.

9. Staatsmodernisierung endlich anpacken – bürokratische Hürden abbauen

In der vergangenen Legislatur hat die Ampelregierung mehr als 10.000 neue Stellen geschaffen. Ein riesiger Personalaufwuchs, der den Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen in diesem Land das Leben allerdings bisher nicht erleichtert hat. Immer noch nimmt der bürokratische Aufwand viel Zeit in Anspruch. Dabei ist auch das Bürokratieleistungs- und -entlastungsgesetz IV keine Reform, sondern maximal ein Versuch im Spielzeugformat. Kleinteilige Streichungen, keine maßgeblich spürbaren Vereinfachungen und Raffungen sind sicherlich nicht das Ergebnis, worauf Kommunen an der Belastungsgrenze, gestresste Unternehmer und entnervte Bürger gewartet haben. Eine neue Bundesregierung muss kraftvoll die deutsche Verwaltung und unser gesamtes Leben vom omnipräsenten Mehltau der Bürokratie befreien. Wir brauchen digitale, einfache Verfahren; Daten, die nur einmal für alle Services und Dienstleistungen hinterlegt werden; eine Vertrauensoffensive, die von flächendeckender Kontrolle zur Stichprobe übergeht; Anzeige- anstelle von Genehmigungsverfahren und die Fokussierung der Verwaltung auf ein Leitbild, in dem sie Dienstleister für Menschen und Unternehmen in diesem Land ist. Diesem Leitbild sollten Strukturen, Organisation und Abläufe folgen. Dazu gehört auch eine Art Belastungs-TÜV, der die konkreten Konsequenzen und Belastungen von EU- und nationalen Regelungen für Unternehmen überprüft. Es braucht schnellere und attraktivitätssteigernde Verschlinkungen bei Unternehmensnachfolgen.

10. Landwirtschaft – Wertschätzung für die, die uns versorgen

Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sind unter anderem Garant unserer Ernährungssicherheit und wichtig für die Pflege unserer Kulturlandschaft.

Land-, Forst- und Fischereiwirte produzieren gesunde, vielfältige Lebensmittel, erzeugen Energie sowie nachwachsende Rohstoffe und leisten damit einen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

In den vergangenen Jahren haben Landwirte an Vertrauen in die Politik verloren. Einerseits durch Regelungen und Standards aus Europa und Berlin, die das alltägliche Arbeiten verkomplizieren und immer mehr Zeit am Schreibtisch einfordern. Andererseits aber auch auf landespolitischer Ebene, durch die verstopfte Auszahlung von Geldern an die Landwirte durch das grüengeführte Haus. Hier in Sachsen haben wir nun wieder die politische Verantwortung für diesen wichtigen Wirtschaftszweig übernommen. Auf Bundesebene braucht es wieder klare und verlässliche Politik mit und für die Landwirtinnen und Landwirte in Deutschland. Zentrale Anliegen, denen sich die kommende Bundesregierung dringend annehmen muss, sind die Umsetzung von EU-Recht 1:1 in Deutschland, der Erhalt landwirtschaftlich genutzter Flächen.

Die immer weiter fortschreitende Zahl an Wölfen und Rudeln in Deutschland muss auch im Jagdrecht berücksichtigt werden. Deswegen werden wir den Schutzstatus des Wolfes anpassen und ihn ins Bundesjagdgesetz aufnehmen. Selbes wollen wir für nicht gefährdete Prädatoren wie Kormorane oder Saatkrähen in den Blick nehmen.

Diese Auswahl weniger, aber bedeutender, Themenfelder zeigt deutlich, dass unser Land vor großen Herausforderungen steht und der Handlungsbedarf groß ist. Jetzt ist nicht die Zeit für Fantasten, Philosophen und Tagträumer. Es braucht Sachverstand, Erfahrung und Verlässlichkeit gepaart mit klugen Ideen für die Zukunft. Wir brauchen neuen Antrieb und neue Tatkraft um die drängenden Probleme konsequent und zukunftsorientiert anzugehen.

Als Union stehen wir bereit, um Verantwortung für dieses Land, die Bürgerinnen und Bürger sowie eine sichere, wirtschaftlich starke und

moderne Zukunft zu übernehmen. Wir wollen Deutschland wieder nach vorn bringen – ob in Wirtschaft, Infrastruktur oder Bildung. Als Sächsische Union stehen wir mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten, unseren Werten und Überzeugungen und unserer Tatkraft bereit.

Es ist Zeit für einen Wechsel.